

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

ersch. wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schorm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestraße 16 a part.
Telephonruf: Nr. 8900.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltenen Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **386300** EXEMPLAREN
ersch. diese Ztg.

Christliche Mißverständnisse.

Es ist merkwürdig, wie wenig die hohen Herren der Kirche verstehen, sich klar und deutlich auszudrücken, und wie sehr sie dem Verhängnis unterliegen, mißverstanden zu werden. Es mag das darin begründet sein, daß sie mit Worten und Begriffen zu arbeiten gewohnt sind, die an sich vielfältig und unbestimmt sind; weiß man doch, daß kein Buch so viel umstritten ist wie die Bibel, daß nichts so sehr der Deutung und Auslegung unterliegt wie ein kirchlicher Glaubenssatz, und weiß man doch weiter, daß nirgendwo mehr um Worte gestritten wird, als unter Kirchenleuten — weshalb denn auch nirgendwo hitziger und in unbrüderlicherer Weise disputiert wird als unter denen, die sich Christenbrüder nennen.

In besonderem Maße sind die päpstlichen und bischöflichen Kundgebungen mißverstanden worden, die sich mit der sozialen Frage beschäftigen. Die vielgerühmte „Arbeiterencyklika“ des Papstes Leo XIII. vom Jahre 1891 hat gleich von Anfang an zu allerhand Zweifeln Anlaß gegeben und in besonderen Zeilen, so bezüglich des Streiks, der Lohnhöhe u. s. w. die widersprechendsten Auslegungen erfahren. Die päpstlichen Kundgebungen sind in lateinischer Sprache verfaßt, die sich nicht sonderlich eignet zum Ausdruck moderner wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse und Anschauungen. Das mag für den, der auf Klarheit und Wahrheit sieht, ein Mangel sein, aber es gibt Dinge, deren klare und ungewundene Ausdrucksweise gewisse Leute gern vermeiden möchten. Zu diesen Dingen gehört die Stellung zur Arbeiterfrage und den damit zusammenhängenden sozialen Problemen, und zu den gewissigen Leuten gehören die hohen Herren der Kirche, die es in solchen Fragen mit niemandem verderben möchten, weder mit der Spitze der Herrschenden und Befehlenden, noch mit der großen Masse, weder mit dem Unternehmertum noch mit den Arbeitern. Deshalb mag es dem kirchlichen Oberhaupt passend erscheinen, auch in solchen modernen Fragen die alte lateinische Sprache beizubehalten, die den Vorzug der Vieldeutigkeit und Unbestimmtheit hat, die sich zu Wendungen ausnützen läßt, die zu nichts verpflichten und außerdem bei der Übersetzung in die einzelnen Sprachen dem guten Willen zu allerhand Deutungen den weitesten Spielraum läßt. Unter Umständen greift man auch — denn die Gläubigen merken's nicht und die Wissenden verraten's nicht — zu Fälschungen. Jüngst hat es ein Heftchen, der Geistliche Hohoff, nachgewiesen, daß in der deutschen Übersetzung der sogenannten Arbeiterencyklika ein wichtiger Satz des Originals einfach weggelassen worden ist.

Auf die genannte Enzyklika Leos XIII. stützen sich bekanntlich die preussischen Bischöfe in ihrem Fuldaer Pastore vom Jahre 1900. Sie berufen sich darauf, daß der Papst den katholischen Arbeitern empfohlen habe, sich nur in solchen Vereinen zu organisieren, in denen das religiöse Element zur Grundlage der gesamten Einrichtungen werde, die Religiosität der Mitglieder das wichtigste Ziel sei und der christliche Glaube die ganze Organisation durchdringe. Diese Garantie, so sagen die Bischöfe, sei nur in den katholischen Arbeitervereinen gegeben und da es falsch sei, die wirtschaftlichen Bestrebungen den Geboten der Religion zu entziehen, so könne der katholische Arbeiter auch nur in einem der Autorität der Kirche unterstehenden Arbeiterverein und in einer damit verbundenen Fachabteilung seine geistigen und materiellen Interessen wahren. „Diese Fachabteilungen — so heißt es am Schluß des Fuldaer Pastore — werden in ihrer allgemeinen Verbreitung zugleich den Beweis liefern, daß es keiner religiös-neutralen Neuschöpfungen bedarf, um die materiellen Interessen der christlichen Arbeiterschaft zu verteidigen und zu fördern, sondern daß die katholischen Arbeitervereine befähigt und stark genug sind, neben der geistigen Wohlfahrt auch die materiellen Standesinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten.“

Der Fuldaer Bischofsverlaß war nun in gutem, verständlichem Deutsch geschrieben und wer richtig lesen konnte und wollte, für den war auch über den Inhalt der Kundgebung, der auf eine Verurteilung der christlichen Gewerkschaftsbewegung hinauslief, kein Zweifel. Aber diesmal waren es die Gläubigen, die dies Mißgeschick traf, eine klare Sache mißzuverstehen. In der ultramontanen Partei- und der christlichen Arbeiterpresse erhob sich ein großes Fragen und Streiten, was denn die Bischöfe eigentlich hätten sagen wollen, ob ihr Verlaß nur der Empfehlung der katholischen Arbeitervereine diene oder ob er sich letzten Endes gegen die christlichen Gewerkschaften richte. Dazu kam, daß schließlich die Bischöfe selber an sich irre wurden, sich selber nicht mehr verstanden und zum Teil kurz darauf das Gegenteil von dem Kundgeben, was sie in dem Fuldaer Pastore kundgetan hatten. Wieder einmal Irrungen und Mißverständnisse an allen Ecken und Enden!

Der Streit über die päpstliche Enzyklika und das Fuldaer Pastore ist bis heute noch nicht geschlichtet. Die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Fachabteilungen stehen sich in der Auslegung dessen, was „christlich“ ist, schroff gegenüber, sie fireiten einander den rechten Glauben ab und führen einen Krieg, wie er erbitterter nicht zur Zeit der Kreuzzüge, als Glaubensritter wider die Heiden stritten, geführt worden ist. Nur daß man sich jetzt nicht mehr mit Schwert und Lanze, sondern mit Stuhlweiden und Bierseideln, oder, wenn man milde gefasst ist, mit Schimpfwörtern und Drohfäulern vom rechten Glauben überzeugt. Auch als man sich an den obersten Richter in Glaubens- und Sittensachen, an den Papst, wandte, zur Entscheidung darüber, welche Organisation den christlichen Arbeitern zuzumane, wurde die Sache nicht besser. Auch hier wieder Mißverständnis über Mißverständnis!

Im Jahre 1904 sandte der Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin), der sich die Förderung der Fachabteilungen zur be-

sonderen Aufgabe macht, eine Abordnung nach Rom. Der Papst wünschte dem Verbande Glück und Gedeihen, „und zwar gerade deshalb, weil er auf dem Fundamente der Religion, in Verbindung mit der Kirche und im engsten Anschluß an die Bischöfe auf sozialem Gebiete arbeitet.“ Es sei ganz und gar sein Gedanke, sagte der Papst, „daß auch die wirtschaftlichen Aufgaben nur in Verbindung mit der Religion und nach den Vorschriften der Kirche gelöst werden können, das Los der Arbeiter, soweit es sich auf Erden verbessern läßt, vor allem durch den Einfluß der Religion gebessert werden mag.“

Bischof Rorum von Trier, der in seinem Bereich die katholischen Fachabteilungen eifrig fördert, konnte sich im Januar 1908 darauf berufen, daß der Papst ihn in einer Unterredung in seinen Bestrebungen ermutigt habe mit den Worten: „Arbeiten Sie ruhig so weiter!“ Kurze Zeit darauf erhielten dann die christlichen Gewerkschaften die Genugtuung, durch den vatikanoffiziellen Offiziare Romano verkündet zu sehen, daß der Papst sowohl die christlichen Gewerkschaften wie die katholischen Fachabteilungen „mit gleichem Wohlwollen lobt und ermutigt, da er sehr wohl weiß, daß die besonderen Bedürfnisse der verschiedenen Diözesen und Provinzen Deutschlands dahin bestimmend wirken können, den Gewerkschaften vor den Fachabteilungen den Vorzug zu geben.“

Damit waren nun wieder die christlichen Gewerkschaften getrübt; auch sie hatten jetzt die päpstliche Approbation, wenn auch nur als das kleinere Übel, insofern, als der Papst sie da für zulässig hielt, wo die katholischen Fachabteilungen nicht angebracht seien. Neuerdings haben die M.-Glabbacher Gewerkschaftschriften das Bedürfnis empfunden, sich direkt vom Papst ihr Wohlverhalten und ihre Brauchbarkeit bescheinigen zu lassen. Eine Abordnung des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, bestehend aus dem Diözesanpräses Dr. Müller, dem Abgeordneten Wiesberts, dem Metallarbeiterführer Wieber und dem Arbeitersekretär Gotthardt, pilgerte nach Rom, überreichte dem Papst eine Adresse, worin — die Absicht liegt auf der Hand — die Verdienste des Verbandes um die christliche Gewerkschaftsbewegung gebührend betont wurden. Der Papst war so freundlich, den Bitt zu verstehen, er ließ sich über die Gewerkschaftsfrage, wie es in dem Bericht der Deputation in den Zentrumsblättern heißt, mit den Worten aus:

„Auch hat es meine volle Billigung, daß ihr in den christlichen Gewerkschaften ein so erfolgreiches Apostolat ausübt und gemeinschaftlich mit den Protestanten zur Erhaltung des christlichen Gedankens tätig seid.“

Aber die Freude der M.-Glabbacher sollte nicht lange dauern, denn wenige Tage darauf meldete der Offiziare Romano, zu der Erklärung ermächtigt zu sein, „daß dies nicht die Ausdrücke sind, deren sich der heilige Vater bedient.“ Worauf dann die M.-Glabbacher Romfahrer in der königlichen Volkszeitung erklärten, daß ein in Rom tätiger deutscher Geistlicher ihnen während der Audienz die Ausführungen des Papstes Teil für Teil übersetzt habe und daß der Bericht in der Zentrumspresse wort- und sinngemäß der in der Audienz gegebenen Übersetzung entspreche.

Die Christlichen haben Pech, sie kommen aus den Mißverständnissen nicht heraus. Diesmal muß also der Übersetzer den Papst mißverstanden haben. Man könnte die Leute bemitleiden, wenn sie sich nicht gar zu lächerlich machten durch ihre Versuche, für ihre Sache die Autorität eines Mannes zu gewinnen, der von der deutlichen Arbeiterbewegung nicht die blasse Ahnung besitzt und der bisher nur das eine Geschick bewiesen hat, die Sache, zu deren Schlichter er angerufen wurde, um so gründlicher zu verwirren.

Berliner Industrieverhältnisse.

Die Berliner Handelskammer hat kürzlich den zweiten Teil ihres Jahresberichtes für 1908 veröffentlicht, der wieder einige beachtenswerte Partien bietet.

Der Bericht enthält zahlreiche, mehr oder weniger informative Sonderdarstellungen aus vielen Gewerben und Industrien, so auch aus den verschiedenen Branchen der Metall-, Maschinen- und elektrotechnischen Industrie. Manche Äußerungen beweisen, daß auch die Unternehmer die Not denken lehren. Während bekanntlich sonst die Unternehmer die Arbeitslöhne nicht genug drücken können und, wie schon Adam Smith sagt, stets im stillen Einverständnis miteinander darüber sind, die Arbeitslöhne nicht über ihre jeweilige Höhe hinaus steigen zu lassen und der eine Unternehmer auch nichts dagegen einzuwenden hat, wenn der andere die Löhne seiner Arbeiter weiter reduziert, kann er doch das erfolgreiche „gute Beispiel“ gelegentlich ebenfalls nachahmen; und während ein Alexander Zille gegen alle Welt die Anklage erhebt, durch die „Begünstigung der Arbeiterbestrebungen“ die Arbeitslöhne in die Höhe getrieben und dadurch die so notwendige rasche und bedeutende Veranschlagung des Kapitals gehindert zu haben, kommen nun jetzt etwas andere Ansichten zum Ausdruck. Die Niederhaltung der Löhne und die Maßlosigkeit des Kapitalprofites auf der anderen Seite befundene eine völlig einseitige und urteillose Mißachtung des Arbeiters als Konsumenten, was nun so schlimmer ist, als die moderne Massenproduktion den Massenkonsum zur notwendigen Voraussetzung und Existenzbedingung hat.

Zu der Krise, da die Unternehmer veranlaßt sind, Betrachtungen über die sogenannte Volkswirtschaft anzustellen, ihrer Schanzschanzen angestrengen zur Erlangung der niederdrückenden Ursachen und zur Auffindung neuer Rettungswege, kommen sie auch dazu, den Arbeiter als Konsumenten zu entdecken und seine Qualität als solcher zu unterfragen. So heißt es im Bericht über „Stahlwaren“: „Der Detailverkauf von Stahlwaren war leider sehr unbefriedigend; nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch das Mittelpublikum beschränkte seinen Einkauf auf das Notwendigste und verschob die Bedienung seines Bedarfs in besserem respektive Luxuswaren auf bessere Zeiten.“

In dem Berichte über die Werkzeugbranche ist zu lesen: „Die Winternachfrage erklärt sich aus dem schlechten Geschäftsgang in einer Reihe der Branchen, welche Werkzeuge gebrauchen. Die Bautätigkeit lag während des ganzen Jahres daneben, somit konnten die von ihr abhängigen Gewerbe, besonders Schlosser, Tischler, Klempner, Installateure und so weiter, nicht als gute Abnehmer auftreten. In fast allen Fabriken fanden große Arbeiterentlassungen statt, selbst bei großen Elektrizitätsfirmen, die im allgemeinen noch am besten beschäftigt waren.“

Aber auch aus anderen Industrien wird die gleiche Beleuchtung berichtet. In der Wäschebranche herrschte Geschäftstillstand und als die wesentlichste Ursache davon wird die Verminderung der Kaufkraft der Konsumenten bezeichnet. Alle Maßnahmen zur Verhütung des starken Rückganges des Absatzes versagten, „da die Arbeitsverhältnisse und damit die Einkünfte weiter Schichten der Bevölkerung zurückgegangen, die Preise für die notwendigen Lebensmittel aber andauernd hoch waren.“

Auch die Korsettindustrie wurde von der Krise in Mitleidenenschaft gezogen.

Natürlich hat die Kleiderkonfektion erst recht unter der schlechten Wirtschaftslage gelitten, und zwar die Damen- wie die Herrenkonfektion. Interessanterweise beschränkte sich aber der Rückgang des Konfektionsgeschäftes nur auf die industriellen Bezirke, während der Bedarf in den landwirtschaftlichen Gegenden, im Osten Deutschlands, im großen und ganzen zufriedenstellend war. Auch mit der Knabenkonfektion konnten nun noch in Gegenden ländliche Umsätze erzielt werden, die Landwirtschaft betreffen.“

Die Kauf- und Konsumkraft der großen Masse der Bevölkerung hat durch die agrarischen Wucherzölle eine bedeutende Verschiebung erfahren. Während sie bei der städtisch-industriellen Bevölkerung eine fühlbare Schwächung bewirkten, ist sie bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung gestärkt worden. Wer es hat kein Ausgleiche fähig gefunden. Die städtisch-industrielle Bevölkerung ist infolge der enormen Teuerung der Lebenshaltung außerstand gesetzt worden, die alltäglichen Bedürfnisse eines Kulturmenschen durch die Anschaffung von gewerblich-industriellen Erzeugnissen zu befriedigen und in dieser herabgedrückten Lage befindet sich die gesamte millionenköpfige Arbeiterschaft, ferner der sogenannte Mittelstand mit Einschluß der großen Masse kleiner und schlecht oder doch ungenügend bezahlter Beamter. Auf der anderen Seite ist aber nicht die Lage der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung durch die hohen Preise ihrer Produkte gehoben worden, sondern nur die der größeren Bauern und Junker, die eine beschränkte Zahl bilden und keinen Gesatz für die Zerstückelung der Kaufkraft der Arbeitermassen zu bieten vermögen. Die Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter einschließlich der Knechte und Diensthöten erhalten heute keine höheren Löhne als früher und ihre Löhne sind immer auf einer Tiefe gefanden, die weit unter dem Kulturniveau war. Aber auch wenn zum Teil die Arbeitslöhne der ländlichen Arbeiter gestiegen sind, so würden sie damit noch immer nicht kauf- und konsumträchtig für Industrieprodukte, denn da auch diese teurer geworden sind, so reicht der jämmerliche Lohn der Landarbeiter nicht über den Erwerb einiger einfacherer und billiger Gegenstände hinaus.

Und in dieser Verschiebung der Verhältnisse liegt die Hauptursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, ihrer voraussichtlich langen Dauer und ihrer zunehmenden Verschärfung. Willow und seine Junker mitjamt dem Zentrum und den übrigen bürgerlichen Parteien können sich rühmen, das nationale Wirtschaftsleben zu meistern und die industriellen Arbeitermassen dem Junkertum als Beute ausgeliefert zu haben.

Selbstverständlich ist, daß die landwirtschaftliche Maschinenbranche von dem Goldregen, der seit Jahren permanent über die Agrarier niedergeht, etwas bestrachtet wurde. Es wird darüber berichtet: „Im Gegensatz zu den meisten übrigen Zweigen des Maschinenbaues gestaltete sich der Betrieb der Fabriken, welche landwirtschaftliche Maschinen und Geräte herstellen, im großen und ganzen befriedigend; der Umsatz konnte gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres etwas gesteigert werden. Der gute Ausfall der Ernte ermöglichte der landwirtschaftlichen Bevölkerung, ihren Begehre nach rationalen, arbeitssparenden Maschinen und Geräten zu verstärken. Die Besserung der Lage erstreckte sich vornehmlich auf den inländischen Markt. Das Geschäft nach dem Auslande machte keine beachtenswerten Fortschritte; nur die Beziehungen zu Rußland waren um ein geringes lebhafter als im Vorjahre.“

Also glänzend gestaltete sich auch hier der belebende Einfluß des planmäßig bereicherten Junkertums nicht und es hebt sich daher von der da eingetretenen kleinen Besserung der Geschäftslage um so schärfer der zum Teil starke Rückgang fast aller anderen Industrien ab, worin sich eben die fortdauernde Wirtschaftskrise bekundet. Bemerkenswert ist auch nach einer anderen Richtung hin die in den meisten Sonderberichten gemachte ausdrückliche Feststellung der guten Beziehungen der Unternehmer zu den Arbeitern, weil sie den denkbar schärfsten Gegensatz bildet zu den festen Hezereien der sogenannten Deutschen Arbeitgeber-Zeitung und der gesamten übrigen Schanzschanzerei, die bekanntlich nicht müde werden, der Welt zu versichern, daß die deutsche Industrie wegen der „sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung“ nicht mehr weitergeführt werden könne und deshalb Entschuldigung der Arbeiter durch Ausnahmegesetze erfolgen sowie der Hin zu einzelnen Arbeiter durch Maßregeln, scharfe Zügel u. betrieben werden müsse, um endlich die industrielle Arbeiterschaft so wie die ländliche völlig zu verflauen.

Dazu paßt eigentlich auch ganz gut, daß es fast einzig die Raffenindustrie ist, die von befriedigendem Geschäftsgang berichtet. In Militärgewehren brachte das Jahr wiederum größere Regierungsaufträge, deren Ausführung befriedigende Beschäftigung ergab. Auch der Absatz automatischer Pistolen-gestaltete sich günstig; es wurden bedeutende staatliche Bestellungen gemacht. Der Export von Waffen nahm vom Sommer an einen Aufschwung. Die Preis-

In einem bestimmten Moment kann die Gesellschaft nur ein bestimmtes Quantum Waren produzieren; gleich wie der Wagen eine bestimmte Menge nur ein gewisses Quantum Speise aufnehmen kann, kann auch der Arbeiter nur ein bestimmtes Quantum Waren in sich aufnehmen; die Größe dieses Quantum ist nicht, wie bei einem menschlichen Magen, durch die natürliche Aufnahmefähigkeit, sondern durch die in der Gesellschaft vorhandene Kaufkraft bestimmt. Ist der Weltmarktmengen überfüllt, so muß notwendig eine Krise eintreten.

Worauf ist nun die Ursache einer wirtschaftlichen Krise zu suchen? Suchen wir dies an einem klaren Beispiel. Ein Bassin von einer gewissen Größe kann nur ein bestimmtes Quantum Wasser in sich aufnehmen, ohne überzulaufen; fließt nun regelmäßig so viel Wasser unten ab, wie an der anderen Seite zufließt, so bleibt der Wasserstand ein normaler. Eine Überfüllung des Bassins kann dadurch eintreten, daß entweder oben zu viel Wasser zu- oder unten zu wenig Wasser abfließt; es können aber auch beide Momente zusammenwirken. Auf das Wirtschaftsleben übertragen würde dies besagen: die Überfüllung des Warenmarktes hat seinen Grund entweder in dem zu großen Zufluß von Waren, in der Überproduktion, oder in dem zu geringen Abfluß von Waren, in der Unterkonsumtion; es können aber auch beide Momente, Überproduktion und Unterkonsumtion, zusammenwirken.

Die in sozialistischen Kreisen vorherrschende Erklärung der Wirtschaftskrisen ist ihre Ableitung aus der Unterkonsumtion. Man sagt, es werden nicht zu viel Waren produziert, sondern es werden zu wenig konsumiert; dieser mangelnde Konsum hat seinen Grund in der mangelnden Kaufkraft der großen Masse. Es wäre richtig, zur Zeit einer Krise, wenn die Läden und Lager und Speicher mit Waren bis ans Dach vollgepfropft sind, schlechthin behaupten zu wollen, es seien zu viel Waren vorhanden; es sind eben nur zu viel vorhanden im Verhältnis zu der Zahl, die gekauft werden können. Produktion und Kaufkraft stehen eben in keinem richtigen Verhältnis zueinander. Ein aufmerksamer Beobachter, der zur Zeit einer Krise vor den gefüllten Läden eine barsüßige, zerlumpte, ausgehungerte Menschenmenge sich drängen sieht, wird sich wohl hüten zu sagen, daß zu viel Waren vorhanden seien; er wird es vielmehr bedauern, daß die Masse zu wenig Geld hat, um durch den Kauf der Waren ihre notwendigsten Bedürfnisse befriedigen zu können. Es hat somit auf den ersten Blick etwas für sich, die Ursache der Krise in der Unterkonsumtion zu suchen.

Marx (in dem von ihm und Friedrich Engels im Jahre 1848 veröffentlichten Kommunistischen Manifest) findet die Erklärung der regelmäßig wiederkehrenden Krisen in der gesteigerten Produktionskraft der menschlichen Arbeit. Seit Einführung der Dampfmaschine in die Industrie, seit Anwendung der verbesserten Arbeitsmaschinen, seit Anwendung der kooperativen Arbeitsmethode ist die kapitalistische Gesellschaft imstande, unvergleichlich viel mehr Waren zu produzieren, als es früher möglich war, ohne daß zugleich mit dieser gesteigerten Produktion auch die Konsumtionskraft der Menschen gesteigert ist. „Die bürgerlichen Produktions- und Verhältnisse“, sagt Marx, „die bürgerliche moderne Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Geigenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. . . Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, die in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktionskräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, die allen früheren Epochen als ein Widerstand erschienen wäre — die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich in einem Zustand augenblicklicher Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet. Und warum? Weil sie zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt. Die Produktionskräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt, und sobald sie dieses Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.“

Zu diesen Sätzen deutet Marx mit großem Scharfsinn eine Eigenschaft der modernen kapitalistischen Gesellschaft auf, wodurch sie sich von allen früheren Epochen (Zeiträumen) unterscheidet. Auch in früheren Zeiten wurde die große Masse des Volkes durch eine Unterzahl ausgebeutet, gewiß gab es auch früher Elend genug in der Welt, aber dies Elend hatte seinen Grund in einem Mangel an Lebensmitteln. In früheren Zeiten war es nicht

möglich, das Elend zu beseitigen und jedem Menschen eine ausreichende Menge zu gewähren, weil eben nicht genügend Lebensmittel, genügend Energie vorhanden waren; es mußte Elend geben, weil die Natur selbst es so will. Ihre Güter nur spärlich hergab; die Produktionskräfte, die der Menschheit zur Verfügung standen, waren zu gering, um genügend herzubringen zu können.

Das ist heute anders geworden. Heute bietet die Natur Natur (Wasser, Wind, Dampf, Elektrizität) der arbeitenden Menschheit und ermöglicht es ihr, Gegenstände in Fülle und Fülle zu erzeugen, so daß das hebräische Wort Wahrheit geworden ist:

Es reicht den Leuten Brot genug für alle Menschenkinder, auch Rosen und Myrran, Schönheit und Ruh und Guterdehen nicht minder.

Bei dieser Überfülle an Gütern ist aber die Menschheit in ein anderes Extrem verfallen, sie produziert zu viel und kann dieses Übermaß nicht verbrauchen. Während früher das Elend eine Folge des Mangels war, ist das moderne Elend eine Folge des Überflusses. So merkwürdig es auch klingen mag, so ist es doch buchstäblich wahr, daß Menschen barfuß gehen müssen, weil zu viel Schuhe da sind, daß sie in geräumten Kleidern herumlaufen und mit leerem Magen zu Bett gehen müssen, weil zu viel Nüsse, zu viel Brot, zu viel Fleisch vorhanden ist. Vergleichenweise könnte man sagen: Die frühere Gesellschaft litt an der Schwindsucht, die heutige leidet an der Fettsucht. Es gibt nichts, was die Verwildertheit der kapitalistischen Produktionsweise, die man heuchlerisch die göttliche Weltordnung nennt, so treffend beleuchtet als die Tatsache, daß trotz oder vielmehr gerade wegen der gefüllten Läden und Speicher tausende von Menschen arbeitslos umherirren und an dem notwendigsten Mangel leiden. Zur Zeit einer Krise, wenn der Absatz stockt, werden zahllose Menschen auf's Pflaster geworfen und verlieren dadurch ihre Kaufkraft, weshalb die Krise nur noch fähbarer wird.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

Von der durch das Kaiserliche Statistische Amt für das erste Vierteljahr 1909 vorgenommenen Arbeitslosenstatistik liegen nunmehr die Ergebnisse im Aprilheft des Reichsarbeitsblatts vor. An der Erhebung beteiligten sich 50 Verbände mit 1302706 Mitgliedern. Von diesen sind am 27. März 1909 40719 am Orte und 3714 auf der Reise arbeitslos gewesen, was einer Verhältniszahl von 3,5 vom Hundert entspricht. Zu Beginn des Jahres waren 4,5 Prozent der Mitglieder arbeitslos, im Laufe des Quartals ist also eine kleine Besserung eingetreten. Besonders ins Gewicht fällt diese Besserung jedoch nicht, da gegen den gleichen Termin des Vorjahres eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl um 1 Prozent zu verzeichnen ist.

Außerdem geben diese Zahlen überhaupt kein zutreffendes Bild. Erst bei Betrachtung der Zahlen der einzelnen Verbände finden wir genauer, wie sich die Arbeitslosigkeit im Laufe des Quartals gestaltet hat. Von den berichtenden Verbänden hatten 33 mit 511141 Mitgliedern (= 39,2 Prozent) weniger als 3,5 Prozent Arbeitslose, während 13 Verbände mit 795038 Mitgliedern (gleich 62,3 Prozent) über dieser Durchschnittszahl standen. Hierunter befindet sich auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit 4,5 Prozent Arbeitslosen, gegen 2,7 Prozent im Vorjahr. Hohe Arbeitslosenzahlen weisen namentlich auch auf die Glaser (17,5 Prozent), die Bildhauer (16,2 Prozent), Friseure (11,6 Prozent), Kupferschmiede (7,4 Prozent).

Die Prozentzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit, die die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Quartals darstellt, beträgt diesmal 12,7. Das ist die größte bisher gefundene Zahl. Im Parallelquartal des Vorjahres waren nur 9,2 Prozent Arbeitslosenfälle zu verzeichnen. Auch hier haben einzelne Verbände sehr hohe Zahlen. So zählten die Bildhauer 61,5 Prozent Arbeitslosenfälle, die Glaser 48,5 Prozent, Tapezierer 38,5 Prozent, Friseure 37,3 Prozent u. s. w. Von den Verbänden zusammen standen 16 mit 423379 Mitgliedern auf oder über dem Durchschnittssatz, während 33 Verbände mit 794223 Mitgliedern diesen Satz nicht erreichten. Die eingetretene Verschlechterung resultiert also in erster Linie aus der erheblich gesteigerten Arbeitslosenfrequenz einiger Verbände. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage belief sich auf 9273949; die Dauer eines Arbeitslosensfalls betrug 22,7 Tage.

Bei den Zahlen interessieren uns vor allem die Ergebnisse der Verbände für die Eisen- und Metallindustrie. Wir bringen nachstehend eine Tabelle über die Zahl der Arbeitslosenfälle in diesen Verbänden, die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit, die zur

dieser schiefen Ebene befinden sie sich gerade unter der Range einer Lauffahne, die auf einer Hängebahn mit Führerbegleitung bis in die Durchweichegruben der in nächster Nähe liegenden Blocktrassen fährt. Hier wird der Gussblock in der bekanntesten Weise in dem Walzwerk weiter zu Handelsware verarbeitet.

Die Anlagen der Großeisenindustrie nehmen immer größeren Umfang an. Es ist nur natürlich, daß sich diese Werke die modernen Hilfsmittel für den Massentransport innerhalb der Anlage selbst dienstbar machen, denn diese sparen Zeit, und Zeit bedeutet auch in einem modernen Betrieb — Geld. Ein gutes Bild von diesen Transporteinrichtungen geben zum Beispiel die in der Technischen Rundschau des B. L. beschriebenen Drahtseil- und Hängebahnanlagen der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“. In der Hochöfenanlage der Gewerkschaft sind Hochöfen und Hochöfen ungefähr 1 Kilometer voneinander entfernt. Während die Erze den Hochöfen mit der Eisenbahn zugeführt werden, geht der Kohletransport auf Drahtseilbahnen vor sich. Aber auch in der Koferei selbst geht der ganze Transport der Kohle von der Wäsche bis in den Ofen vollständig vor sich. Aus den Kohlenbehältern der Kohlenwäsche gelangt die Kohle in den Wagen einer Hängebahn nach einer Wäscheanlage, wo die Wagen ausgekippt werden. Von der Wäscheanlage fährt eine Hängebahn zu einer Zentralstation in der Koferei. Die gefüllten Wagen entleeren sich selbstständig in eine der vier Stampfmaschinen und fahren, da auf dem ganzen Wege keine Abzweigung vom Hauptstrahl stattfindet, leer zur Wäsche zurück. Die Stampfmaschinen fahren auf Gleisen den Kohlen entlang und entleeren ihren Inhalt direkt in die Ofen. Die fertigen Koks werden auf den Rampen der Koksöfen in Hängebahnwagen geladen, die über die oben erwähnte Zentralstation automatisch auf eine Drahtseilbahn übergehen, die zu den Hochöfen führt. Auf dem Wege dorthin überschreitet die Bahn mehrere Eisenbahngleise und Straßen. An der Endstation bei den Hochöfen werden die Wagen abgekippt und nach Kofereien einer automatisch auf eine Drahtseilbahn übergehen, die zu den Hochöfen führt. Auf dem Wege dorthin überschreitet die Bahn mehrere Eisenbahngleise und Straßen. An der Endstation bei den Hochöfen werden die Wagen abgekippt und nach Kofereien einer automatisch auf eine Drahtseilbahn übergehen, die zu den Hochöfen führt. Auf dem Wege dorthin überschreitet die Bahn mehrere Eisenbahngleise und Straßen. An der Endstation bei den Hochöfen werden die Wagen abgekippt und nach Kofereien einer automatisch auf eine Drahtseilbahn übergehen, die zu den Hochöfen führt.

Das Charakteristische dieser Anlage ist das vollkommen selbsttätige Funktionieren, wodurch Zeit und Bedienungsmannschaften gespart werden. Aber auch die eigentliche Beschickung der Hochöfen geschieht durch Hängebahnen. Aus den oben erwähnten Füllrumpfen werden die Wagen einer von Hand betriebenen Hängebahn geladen und in die Wäsche gekippt. Der Erztransport geschieht, wie bereits erwähnt, durch Eisenbahnwagen. Die Eisenbahnwagen werden direkt über die Füllrumpfe, die aus Beton bestehen und mit starken

Trägern überbrückt sind, gefahren und entleert. Unter den Füllrumpfen sind Tunnel angeordnet, in denen sich wieder eine Hängebahn befindet, auf der die von den Füllrumpfen aus mit Erz gefüllten Wagen bis zu den Wäscheanlagen fahren. Von diesen Anlagen werden die Wagen auf die Höhe der Wäscheanlagen gehoben und von dort von Hand in den Hochöfen entleert. Die leeren Wagen gehen über die Aufzüge und die Hängebahn zu den Füllrumpfen zurück. Die Hochöfen selbst sind miteinander auch mit einer Hängebahn verbunden, so daß jeder Wäschezug jeden Hochöfen bedienen kann. Die Länge sämtlicher Drahtseilbahnen beträgt 3100 Meter, ihre Gesamtleistung 20 Tonnen stündlich.

Die modernen Transportanlagen spielen auch in den großen Elektrizitätswerken, denen oft ungeheure Mengen Kohlen zugeführt werden müssen, eine große Rolle. So hat zum Beispiel Dattener in einem Vortrag über die Berliner Elektrizitätswerke, gehalten im Bezirksverein Berlin des Vereins Deutscher Ingenieure, interessante Einzelheiten über das Kohlenförderwerk der neuesten Zentrale der Berliner Elektrizitätswerke, der Zentrale Kammelsburg, berichtet. Dieses Kraftwerk enthält 24 Dampfketten mit einem Kohlenbunker von 1600 Kubikmeter Fassungsvermögen, so daß hier die Frage der Kohlenzufuhr sehr wichtig ist. Die Zentrale Kammelsburg liegt, wie fast alle Kraftwerke, am Wasser, an der Spree, da soweit wie möglich die Kohlen zu Schiff angeliefert werden, weil diese Beförderung sich billiger stellt, als die Zufuhr mit der Eisenbahn. Da die Zufuhr zu Wasser im Winter unmöglich ist, muß für den Winter ein Kohlenlager errichtet werden. Die Kohlen sollen nun entweder direkt von den Röhren oder von den Lagerplätzen mit möglichst geringen Kosten zu den Feuerstellen transportiert werden. Für die Konstruktion und Anlage des Förderwerkes war die Verminderung der Menschenarbeit auf das geringste Maß maßgebend. Die ganze Anlage ist für eine Leistungsfähigkeit von 60 Tonnen in der Stunde berechnet. Die Kohle wird aus dem Kahn durch einen Kran mit schräger Laufbahn und feststehende Winde mittels eines Selbstgreifers von zwei Kubikmeter Inhalt aufgenommen. Der Greifer wirft die Kohle in einen Füllrumpf, aus dem sie in Hängebahnwagen angezogen wird. Die Weiterbeförderung übernimmt eine Seilbahn, die zuerst vom Ufer in gerader Linie bis zu einer Station führt. Bevor die Wagen am Jagel dieser Bahn anlangen, wird jede Ladung selbsttätig gewogen. An diese Seilbahntrasse werden zwei Abfuhr- und Aufnahmestellen von 47 1/2 Meter Spannweite angehängt, welche die Kohlen auf den Lagerplätzen zu beiden Seiten der Bahn verteilen beziehungsweise aufnehmen. An der Winkelstation kuppeln sich die Wagen ab und werden von Hand einer zweiten Seilbahn zugeführt. Diese Seilbahn fährt über einen zweiten Lagerplatz und über verschiedene Kurven zum Kohlenbunker

in Kesselhaube und von diesem zur Antriebsstation zurück. Über dem Lagerplatz ist eine Abfuhrbrücke von 38 Meter Spannweite geführt, auf der die Wagen automatisch, durch Anstoßen eines Hebels an einem Anschlag, in den Lagerplatz gekippt werden. Damit die Kohle durch das Abkippen nicht beschädigt wird, fällt sie nicht direkt auf den Lagerplatz, sondern in ein Releifrohr, das zunächst gefüllt und dann durch eine Handwinde allmählich ausgegossen wird. Soll die Kohle vom Kahn direkt ins Kesselhaus befördert werden, so fahren die Wagen über die Brücke direkt ohne gekippt zu werden über die Kohlenbunker im Kesselhaus, wo sie entleert werden. Soll andererseits die Kohle vom Lagerplatz ins Kesselhaus befördert werden, so wird sie von Drehkränen, die auf den Abfuhrbrücken fahren, mittels Selbstgreifer aufgenommen und auf den Brücken durch einen Trichter in die Seilbahnwagen gefüllt. Die Wagen werden dann auf der Brücke automatisch gemoggen und fahren dann, wie oben beschrieben, über die Bunker und von dieser leer zurück. Die Kohlenbunker sind in Eisenfachwerk hergestellt und fassen 150 Waggonladungen Kohle. Aus dem Bunkerboden fällt dann die Kohle automatisch in die Trichter der mechanischen Feuerungen.

Unterschiede zwischen den verschiedenen Quartalen und die auf den Kopf jedes Arbeitstages entfallende Unterstützungsumme im 1. Quartal 1909.

Verband	Mitglieder am 1. Quart.	Arbeitslosentage im Quart.			Unterstützungssumme im Quart.			auf den Kopf eines Arbeitstages
		am 1. Quart.	am 2. Quart.	am 3. Quart.	am 1. Quart.	am 2. Quart.	am 3. Quart.	
Deutscher Metallarbeiter-Verband	44569	19,9	4,5	98	90	90	1244504	81,45
Schmiede-Verband	1900	14,4	3,9	16	19	14	88446	27,44
Kupferschmiede-Verband	644	15,8	7,4	91	10	14	12470	84,91
Sächsischer Gewerkschaften-Verband	2568	6,8	2,1	19	21	11	51297	91,68
Christlicher Metallarbeiter-Verband	1892	6,8	1,7	10	12	15	21718	16,84

Wie ersichtlich, hatte der Kupferschmiede-Verband relativ die meisten Arbeitslosentage und auch die meisten Arbeitslosen am Schlusse des Quartals; die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit war am längsten im Deutschen Metallarbeiter-Verband, der auch die höchste Unterstützungssumme aufgegeben hat. Die letztere Rubrik zeigt auch in voller Deutlichkeit die Leistungsfähigkeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Um dies noch besser zu veranschaulichen und um die große Arbeitslosigkeit zu kennzeichnen, von der die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes seit Einsetzen der Krise betroffen worden sind, geben wir nachstehend noch eine Übersicht über die Zahl der Arbeitslosen, über die Zahl der am Orte unterstützten Mitglieder, die Zahl der Arbeitslosentage und die zur Auszahlung gelangten Unterstützungssummen im Deutschen Metallarbeiter-Verband in den letzten neun Quartalen.

Quartal	Arbeitslose am Ort im Quart.	Unterstützungssumme im Quart.	Gesamtzahl der Arbeitslosentage im Quart.	Unterstützungssumme am Ort im Quart.	Ausbezogene Unterstützungssumme		auf den Kopf eines Arbeitstages
					am Ort	auf der Reise	
1. Qu. 1907	16916	10861	281980	242170	263745	40921	4,8
2. „ 1907	15070	8006	281190	167052	193502	94810	4,2
3. „ 1907	17388	8581	238838	167065	190842	96804	4,8
4. „ 1907	18609	12906	311698	256148	305582	62468	5,1
1. „ 1908	23837	22259	581736	486035	681610	38265	7,8
2. „ 1908	38416	24082	655172	579909	692204	148167	9,1
3. „ 1908	35435	24640	627246	556543	734378	122702	9,7
4. „ 1908	39723	29101	809281	696559	985987	67478	10,9
1. „ 1909	44582	38581	1227238	994439	1192842	51662	12,2

Die Aufstellung zeigt deutlich, in welchem Maße die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Von einem Quartal zum andern hat sich sowohl absolut als relativ die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der zu unterstützenden Personen vermehrt. In Arbeitslosenunterstützung wurden in diesen neun Quartalen fast 6 Millionen Mark aufgewendet, 5299572 M für Ortsunterstützung und 748287 M für Reiseunterstützung.

Die bei allen Verbänden im ersten Quartal 1909 zur Auszahlung gelangte Summe belief sich auf 2985112 M, wovon Ortsunterstützung 2830455 M und Reiseunterstützung 134657 M. Auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband entfallen davon rund 45 Prozent der Unterstützungssumme sämtlicher Verbände. Die durchschnittliche Unterstützungssumme bei allen Verbänden betrug 27,52 M (Vorjahr 23,35 M), die durchschnittliche Unterstützungsdauer belief sich auf 21,6 Tage (Vorjahr 19,6 Tage). Hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit stehen das Baugewerbe und der Handel und Verkehr an der Spitze. In diesen Gewerben bestand eine durchschnittliche Arbeitslosendauer von 26,2 bzw. 28,0 Tagen. Eine besonders hohe Dauer der Arbeitslosigkeit verzeichnen auch noch die Gruppe Bergbau und Huttenwesen, die Industrie der Steine und Erden, das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe und das polygraphische Gewerbe. Die kürzeste Arbeitslosigkeit verzeichnen die Leinwandindustrie und die Nahrungsmittelindustrie; doch auch in diesen Berufen war jeder durchschnittlich 11,3 bzw. 16,6 Tage arbeitslos.

Im Vergleich mit dem Vorjahr ist die Dauer der Arbeitslosigkeit in allen Berufsgruppen größer mit Ausnahme des Bergbaus, der Leinwandindustrie und der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe.

Die vorstehenden Zahlen zeigen, daß die Krise auch im verflochtenen Quartal wieder zahlreiche Opfer gefordert hat. Es muß freudig begrüßt werden, daß sich die Anzeichen mehren, die auf eine Besserung der Arbeitslage schließen lassen.

1. Nur Ortsunterstützung.
2. Für 1907 und 1908 festgestellt nach den definitiven Berechnungen.

zum Schluß sei noch eine Seilbahn erwähnt, die als Verladevorrichtung in Neufeldonien an einer unzugänglichen Meeresküste dient. Es handelt sich darum, vom Land Kieferle auf die Schiffe und andererseits von diesen Kohlen ans Land zu bringen. Um dies bequem zu ermöglichen, wurde in Entfernung von 1 Kilometer vom Lande eine Landungsbrücke aufgeführt, an der die Schiffe verankert und beladen werden können. Die Verbindung dieser Brücke mit dem Lande geschieht durch eine Drahtseilbahn. An eisernen Pfeilern, die im Meer aufgebaut sind, hängt ein Stahlseil in einer solchen Höhe, daß es auf keinen Fall, auch bei starkem Sturm, von den Wellen erreicht werden kann. An diesem Seil laufen die Wagen, welche durch ein zweites, ständig bewegtes Zugseil gezogen werden. Die Seilbahn schließt am Land an mehrere Seilbahnhaken an, welche Bahnhöfe, Lagerplätze u. s. w. miteinander verbinden. Auch die Erze werden vom Gebirge der Endstation der Eisenbahn mittels einer ähnlichen Seilbahn zugeführt. Diese Seilbahn überschreitet unter anderem ein Tal von 1/3 Kilometer ohne Zwischenstöße. Die Bahn bedarf auch keiner besonderen Antriebskraft, da die beladenen abwärts fahrenden Wagen die leeren Wagen wieder aufwärts ziehen. Die Seilbahn von der Landungsbrücke an die Küste dient auch zum Personentransport, der sich jetzt, im Gegensatz zu früher, vollkommener sicher vollzieht. Während früher zum Abgehen und Beladen der Schiffe 400 bis 500 Mann erforderlich waren und die Arbeiten 60 bis 60, ja sogar 120 Tage dauerten, kann jetzt ein Schiff in zwei bis drei Tagen beladen werden, ein Beweis für die Vortrefflichkeit gut angelegter und ausgeführter mechanischer Transportanlagen. Stb.

wurden einige Punkte des Tarif ausgehoben. Die Kollegen legten diesen Schiedsrichter den Unternehmern wenig Beachtung bei, doch nach und nach haben sie, wobei die Firmen nachgaben, Bestätigung gefunden. Die Unternehmern durch die zunehmende Arbeitslosigkeit, so daß der Tarif im November 1908 aufgehoben werden mußte. Einige Unternehmern gingen in ihrer Unterwerfung so weit, den Kollegen und Monteuren nicht einmal das veraltete Jahrgeld wieder zu zahlen. Bisher wurde bei auswärtigen Montagen eine Zulage von 2,4 pro Tag (auch Sonntags) gewährt. Das ist den Firmen zu viel. Sie verlangen, den Lohn um 2 bis 3 g zu erhöhen, gewährt aber dann keine Monatszulage. Die Darfziger Kollegenschaft hat diese Maschinen rundweg abgelehnt. Die auswärtigen Kollegen, die mit den hiesigen Verhältnissen unbekannt sind, sollen von den Unternehmern auf Glattfuß geführt werden. Die Kollegen sind hierüber gewarnt.

Hannover-Stuben. Der Streik der Klempner und Installateure dauert fort. Die Unternehmern gingen zunächst mit der unwahren Angabe kreben, die Gesellen verlangten eine Erhöhung des Mindestlohnes von 64 auf 65 g pro Stunde. Diese unwahre Behauptung fand sich außer in der bürgerlichen Lokalpresse auch in einer Zeitschrift des Innungsverbandes in der illustrierten Zeitung für Maschinenbau. In der nächsten Nummer sah sich dann der Innungsverband zu einer Mithingstellung genötigt. Wohl aus Ärger darüber werden in der neuen Zeitschrift die widersinnigen Behauptungen aufgestellt. Es erübrigt sich, darauf näher einzugehen. Arbeitgeberverband und Innung sind jetzt eifrig bemüht, von auswärts Arbeitskräfte heranzujagen, bisher allerdings nur mit geringem Erfolg. Durch Inserate und Artikel in der Fachpresse und in bürgerlichen Zeitungen werden Klempner unter den verschiedensten Verprechungen nach Hannover geschickt. An sämtliche Herbergen zur Heimat hat der Innungsverband vorgebrachte Karten versandt, in denen um Zusendung von 100 Klempnern und Installateuren ersucht wird. Es sind auf diese Anpreisungen hin auch einige Klempner nach Hannover gekommen, diese sind aber, nachdem ihnen Aufklärung zuteil wurde, wieder abgereist. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, den Zugang streng fernzuhalten!

Metallarbeiter.

Nachen. Die „politische Neutralität“ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft wurde wieder einmal bewiesen durch eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht am 26. April dieses Jahres. Unserem Mitglied A. war zur Last gelegt, den auf dem Göttemarkt Note Erde beschäftigten Gewerkschaftler E. grüßlichst beleidigt und in seiner Ehre schwer gekränkt zu haben. Die Verteidigung des Klägers hatte Dr. Löwenstein (Vorsteher der demokratischen Vereinigung, Gruppe Nachen) übernommen. Das kapitale Verbrechen, das sich unser Kollege hatte zuschulden kommen lassen, bestand darin: er hatte Mitarbeiter erzählt, der Schwager des Klägers habe ihm mitgeteilt, der Kläger hätte es für wünschenswert erachtet, daß von Nachen ein Sozialdemokrat in den Reichstag gewählt würde, auch habe er, der sich überall als tüchtiger Zentrumsmann aufspiele, bei der letzten Reichstagswahl sozialdemokratisch gewählt. Ein solches Verbrechen, verdächtig zu werden, sozialdemokratisch gewählt zu haben, darf ein „neutraler Gewerkschaftler“ nicht auf sich sitzen lassen. Wie schwer das Verbrechen nach Ansicht der hiesigen Gewerkschaftsleitung war, geht daraus hervor, daß dem „Beleidigten“ der Reichstagswahl die Organisation zugebilligt wurde, handelte es sich doch darum, gerichtlich feststellen zu lassen, wie schlecht die roten Verbündler sind. Bei Eröffnung der Verhandlung bahnte der Vorsitzende einen Vergleich an und bemerkte hierbei, daß die Aussage, es habe der Kläger sozialdemokratisch gewählt, nicht als eine Beleidigung gelten könne, da die Sozialdemokratie eine im Staate anerkannte Partei sei. Hierauf wollte der Kläger auf einen Vergleich eingehen, vorausgesetzt, daß der Beklagte die gesamten Kosten, einschließlich der Verteidigung, übernehme und eine dahingehende öffentliche Erklärung in den noch näher zu bestimmenden Zeitungen erlasse. Unser Kollege bestritt nicht, die ihm zur Last gelegte Äußerung getan zu haben, nur habe er den Kläger dadurch nicht beleidigen wollen. Deshalb lehnte er einen solchen Vergleich ab. Geradezu beschämend für die „Demokraten“ im Hirschlager gestaltete sich darauf die Verhandlung. Die Ausführungen des Klägers und die seines Zeugen G. (Kassier des Gewerkschafts, Ortsgruppe Brand) waren derauf, daß der Vorsitzende daran anschließend wiederum zu einer Verurteilung mahnte und es als lächerlich bezeichnete, wegen einer solchen Lappalie eine Klage anzuführen. In Anbetracht dieser Situation gab der Kläger sich damit zufrieden, wenn der Beklagte die Erklärung zu Protokoll gebe, er habe ihn durch seine Aussage nicht beleidigen wollen, was unser Kollege dann auch tat. So endete die große, mit so viel Kabala angefüllte Gerichtsverhandlung. Die blamierten Europäer sind um eine Wamagie reicher geworden. Hingzu kommt noch, daß der Gewerkschaft die Kosten zu bezahlen hat und der Regulator um das Eintommen für eine Erklärung geprellt ist. So geht es, wenn alles und jedes versucht wird, seinen Gegnern eins anzuhängen! Das sind also die „neutralen Gewerkschaftler“, die sich in öffentlicher Volksversammlung am 17. März dieses Jahres noch rühmten, zum 18. März zu Ehren der Gesellen von 1848 einen Kranz gespendet zu haben. Man bedenke: Gewerkschaftler, die in der demokratischen Vereinigung an der Spitze stehen, bezahlen Reichstags, damit eines ihrer Mitglieder sich gerichtlich bestätigen lassen kann, ein frommer Zentrumsmann zu sein! Welche Ironie! Hoffentlich wird der Regulator die Verhandlung einer Kritik unterziehen und dabei herausfinden, daß es auch schon außerhalb Berlins Gerichte gibt, die nicht immer das notwendige Verständnis für die Gewerkschaften haben. Diese Meinung könnte durch eine Verhandlung, die zwei Tage vorher am selben Gericht stattfand, bestärkt werden. Da hatte sich aber nicht ein roter Verbündler, sondern ein Gewerkschaftler wegen schwerer Körperverletzung, begangen an einem unserer Mitglieder, zu verantworten. Dieser Gewerkschaftler betrieb keine Agitationsarbeit in der Werkstätte mit dem Hammer in der Hand, wobei er unsern Kollegen eine laßende Kopfhaube bedachte, die diesen einige Wochen arbeitsunfähig machte. Diese Rohheit mußte das zarte Hirschlein mit 150 g Geldstrafe eventuell 30 Tage Gefängnis büßen. Ein Beweis, daß es sich nicht um eine Lappalie handelte.

Baden-Baden. In letzter Zeit hieß die Nervosität des Herrn Metallwarenfabrikanten Köppler derauf, daß man glaubte, er beschäftige nur vierjährige Tiere. „Altes Kamel“, „Ochse“, „Hindvieh“ u. s. w. sind so die beliebten Ausdrücke des Herrn Köppler. Auch schenkt er sich nicht, junge Leute zu schlagen, wofür er auch schon mit Geldstrafen belegt wurde. Bei der kleinste Widerrede schreit er: „Ich schmeiße Sie hinaus!“ oder: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen.“ So entließ er einen Installateur, der 17 Jahre für ihn gearbeitet hatte, bloß deshalb, weil er, obwohl entzündigt, drei Stunden fehrte. Ein Magazinier, der Sonntags nicht im Geschäft war, weil er sein krankes Kind in der Klinik im Heideberg besuchte, wurde Montag früh mit den Worten entlassen: „So, jetzt können Sie auch wieder nach Heidelberg zu Ihrem kranken Kind gehen.“ Der Vorarbeiter in der Schloßerei, der sieben Jahre im Geschäft war, ging „freiwillig“, nachdem ihm Herr Köppler einen Lohnabzug machen wollte und das Hinausschmeißen angeordnet hatte. Ein jüngerer Schloffer hörte auf, den er als „großes Hindvieh“ tituliert. Auch der Metallgießer, der bereits vier Jahre im Betrieb war und dem Herr Köppler die Einführung der Formmaschine mit Platten zu verdanken hat, konnte die Behandlung nicht länger aushalten. Als Köppler erfuhr, daß der Gießer ausfähre, äußerte er, daß dies seine größte Freude sei. Auffallend war beim letzten Gießtag, daß Herr Köppler den Arbeitern in der Gießerei je eine Flasche Bier zahlte, aber nicht etwa aus Freude darüber, daß man auch gießen könne ohne den alten Gießer, sondern mit den Hintergedanken, daß die Arbeiter recht willig seien und viele überstunden machten, wofür sie keinen Pfennig mehr erhalten. Sonntags wird fast immer gearbeitet. Ob Herr Köppler dafür die Genehmigung hat? Auch dafür wird nicht mehr bezahlt. Die Flasche Bier soll den Arbeitern die Extrabehaltung ersetzen. Auch auf folgende Mißstände möchten wir verweisen: für 25 bis 30 Mann ist nur ein Abort vorhanden. In der Schloßerei und Poliererei ist keine Abzugsvorrichtung vorhanden, die Leute müssen den ganzen schädlichen Messingstaub einatmen. Eine Badeeinrichtung fehlt auch. In

der Schloßerei ist auch so gut wie keine Abzugsvorrichtung vorhanden, die Arbeiter müssen den ganzen Messingstaub einatmen. Ein Eintrag in der Betriebskassenliste wurde hier wohl angebracht. Die Kollegen aller Branchen (Schloffer, Dreher, Metallformer und Gießer, Blochler, Maschinen, Instandhaltung, Schlichter, Polierer und Probier, Schreiner) möchten wir auf einen Wobau aufmerksam machen, dessen sich Herr Köppler bedient, um seine Arbeit gemacht zu bekommen. Er hat immer Anfragen um Arbeit in Vorrat. Er stellt die ihm passenden Leute ein, beschäftigt sie 8 bis 14 Tage und bietet ihnen dann so einen hohen Lohn, daß sie mit Freude dem Eldorado den Rücken kehren. Wie es scheint, ist aber in letzter Zeit ein Mangel an Anfragen um Arbeit eingetreten, denn Herr Köppler hat sich nicht scheut, Annoncen in Parteiblättern (Volksfreund in Karlsruhe) zu publizieren wie folgt: „Tüchtige Schloffer und Metallgießer bei hohem Lohn und dauernder Stellung gesucht.“ Wie es mit dem hohen Lohn und der dauernden Stellung beschaffen ist, haben wir schon berichtet. An die Arbeiter der Firma Köppler, die unserer Organisation noch fernstehen, richten wir die Bitte, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, damit endlich einmal gegen die Praktiken des Herrn Köppler Front gemacht werden kann.

Gevelsberg. Wer schwindelt? Herr Hans Böller, wohlbestallter Beamter des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts für Hagen-Schwelm, mußte offensichtlich wieder einmal nicht, was er vor lauter Langeweile beginnen sollte, deshalb setzte er sich auf seine vier Buchstaben und nagelte ein neues Verbrechen des Metallarbeiter-Verbandes wider den Gewerkschaftler fest. Nämlich täppisch wirkt er dem Kollegen Berkling, Beamten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu Gevelsberg, vor, geschwindelt zu haben. In einem für Nichtgewerkschaftler schwer zugänglichen Blättchen, der Märkischen Rundschau, schreibt Böller folgendes: „Schwindle nur fesse draufflos, etwas bleibt doch immer hängen, so dachte jedenfalls Herr Berkling, Geschäftsführer von Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Gevelsberg, als er in der letzten Generalversammlung am 9. April über die Gewerkschaften loslegte. Nach dem Bericht der Freien Presse vom 18. d. M. hat er behauptet, daß bei der Firma Schröder in Silschede die Streikarbeit vom Gewerkschaftler gemacht würde. Die Zeitung des Gewerkschafts hielt es nicht für nötig, die Kollegen dort aufzuklären. Ich stelle hiermit folgendes fest: Bei der Firma Schröder sind 8 Gewerkschaftler, davon 2 Forner, die Streikarbeit machen, also keine Streikarbeit. Der dritte Gewerkschaftler ist Schloffer. Der Arbeiter, der die Streikarbeit macht, ist unorganisiert. Was sagen Sie nun dazu, Herr Berkling? Daß sich die Gewerkschaftsleitung nicht um die Kollegen gekümmert hat, ist eine Unwahrheit. Auch hat Herr Berkling behauptet, der Lohnabzug bei der Firma Schröder sei durch das Eingreifen der Organisation rückgängig gemacht worden. Dabei hat Herr Berkling weiter nichts gemacht, als zwei Mann aufgenommen und das nennt er eingreifen.“ Soweit Herr Böller. Mit wenigen Worten wollen wir den Sachverhalt darstellen. Die Firma Aug. Schröder in Silschede verarbeitete Streikarbeit für die Firma Polthaus in Hagen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat dort keine Mitglieder, wohl aber der Gewerkschaftler. Wenn es weniger sind, als wir annehmen, nur ganze drei Mann, so ist daran die Renommisterei des Gewerkschafts schuld, denn zuerst wurde von Leuten, die es wissen müßten, gesagt, der Gewerkschaftler sei mit 12 Mann im Betriebe von Aug. Schröder vertreten. Wir haben dieser Versicherung Glauben geschenkt, wie wir jetzt sehen, zu Unrecht. Trotzdem war es der Zeitung des Gewerkschafts möglich, eingzugreifen, wenn nur der gute Wille vorhanden gewesen wäre. Die laue Haltung des Gewerkschafts ist von Berkling mit Recht kritisiert worden. Die Kollegen bei Polthaus in Hagen, die den Kampf abbrechen wollten, mögen sich vor allem bei Herrn Böller bedanken. Er war unterrichtet worden, er kannte die Sachlage. Das wird ihm nicht vergesen werden. Daß Mitglieder des Gewerkschafts Streikarbeit verrichtet haben, ist von uns nicht behauptet worden, geht auch aus dem Bericht der Freien Presse nicht hervor. Wenn Herr Böller in seinem Schreibemangel meint, ein Lohnabzug der Firma Schröder sei nicht rückgängig gemacht, Berkling hätte nur zwei Mann aufgenommen, so zeigt er wieder, daß er von den ganzen Vorgängen keine blasse Ahnung hat. Die Firma Aug. Schröder in Silschede hat keinen Lohnabzug vorgenommen, folglich konnte auch keiner rückgängig gemacht werden. Ein Lohnabzug hat stattgefunden bei der Firma C. F. Schröder in Bolmarstein und dieser Lohnabzug hat wieder zurückgenommen werden müssen. Wir wollen dem Gedächtnis des Herrn Böller jedoch etwas nachhelfen. Als die Differenzen bei C. F. Schröder in Bolmarstein beizulegen waren, tauchte Herr Böller auf und ließ eine Briefwechselbesprechung einberufen. In dieser gab er sich alle erdenkliche Mühe, Mitglieder für den Gewerkschaft zu gewinnen. Die dortigen Kollegen sollten nur die Aufnahmefähigkeit ausfüllen, die Aufnahmegebühr könnten sie später bezahlen. Aber nichts verding, nicht eine Aufnahme in den Gewerkschaft wurde vollzogen, trotzdem Herr Böller seine Ausführungen mit einem kräftigen Kaiserhieb schloß. Sollen wir weiter uns mit Herrn Böller beschäftigen? Wir halten es für überflüssig. Vertreten wollen wir ihm jedoch, daß wir ohne Hochs und dergleichen Mitglieder für den Verband bei der Firma Schröder gewonnen haben, es sind mehr als zwei Mann. Auch aus dem jetzt beendigten Kampfe bei Polthaus und Schröder werden die Metallarbeiter die Überzeugung gewonnen haben, daß bei Lohnabzügen, wenn auf den Gewerkschaft wenig oder gar kein Verlaß ist. Und von selbst wird sich die Frage aufdrängen: Wer schwindelt, wenn er vorgibt, bei Lohnabzügen die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen? Die Beantwortung der Frage liegt sehr nahe. Gefemngelacht muß auch noch die Wanzentat der Zeitung des Gewerkschafts werden. In ihrem Blättchen, der Märkischen Rundschau, verspricht sie ihr Gift und versucht in den ketzerischen Propaganda für ihre dunklen Ziele zu machen. Will ein Kollege ein solches Blättchen haben, um es der Zeitung unseres Verbandes zu unterbreiten, dann wird die Herausgabe verweigert. Ist auch wenig daran gelegen. Das Ganze charakterisiert sich als kramphastischer Versuch der Gewerkschaftsführer, durch eine struppellose Gewalttat wieder neue Mitglieder für ihre absterbende Organisation zu gewinnen. Mit welchem Erfolge, werden wir am Jahreschluss sehen.

Göhring. Am 25. April wurde hier eine kombinierte Versammlung der Verwaltungsstellen Crimmitschau, Göhring, Glauchau, Meerane und Schmöln abgehalten. Die Tagesordnung lautete: 1. Die gewerkschaftliche Taktik bei Streiks und bei Lohnbewegungen im Metallgewerbe. 2. Einheitliche Regelung des Sozialgeldes für durchreisende Kollegen. Über den ersten Punkt referierte Kollege Scheffler (Dresden) in sehr eingehender Weise. Redner besprach die Lohnbewegungen im Mittelalter und jetzt, behandelte die Lohnhöhen bei Wirtschaftskrisen und führte ferner unsere Gegner bei Streiks und Lohnbewegungen an. Bei Lohnbewegungen wirkten auch Mitglieder von uns, die keine Presse lesen und keine Versammlungen besuchen, durch ihre Unwissenheit mitunter schädlich. Redner beleuchtete dann noch den Mietersstreik in Stettin und den Streik im Strehelwerk in Mannheim, wobei er die Stellung des Hauptvorstandes dazu verteidigte. In der Diskussion führte Kollege Gerold (Meerane) aus, daß Streiks viele Opfer verursachen, es wäre deshalb an der Zeit, Mittel und Wege zu finden, um mit der Eigenproduktion zu beginnen. Pätzsch (Schmöln) erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Engels (Schmöln) begrüßte die Anregungen des Kollegen Scheffler, mehr Mittel für rückständige Gegenden zur Erbringung besserer Verhältnisse zu verwenden und bestirnrortete die Bezeichnung der Referentrechte der Verwaltungsstelle Berlin. Dem Gedanken der Eigenproduktion trat er entgegen, da dies sehr hoch verfrüht wäre. Schuster (Crimmitschau) hält den Plan der Eigenproduktion vorläufig für eine Illusion; weiter besprach er die Einwände der Unternehmern bei Lohnbewegungen, sie seien bei höheren Löhnen nicht mehr konkurrenzfähig. Kollege Scheffler wies in seinem Schlusswort darauf hin, daß an Eigenproduktion jetzt noch gar nicht zu denken ist. Um den Einwand der Unternehmern bei Lohnbewegungen zu nehmen, müßten die Arbeitsbedingungen tariflich festgelegt werden. Für die Befestigung der Referentrechte der Berliner Verwaltungsstelle habe sich jetzt auf den Generalversammlungen die nötige Zweidrittelmehrheit nicht gefunden. — Zum zweiten Punkt waren von der Verwaltungsstelle Glauchau folgende Leitsätze aufgestellt: „Der durchreisende Kollege, die 18 Wochen Mitglied sind, in einem Jahr nur einmal

30 g Sozialgeldent zu verzeichnen. Es sind nur noch nicht bezugsberechtigte und ausgereiste Mitglieder zu berücksichtigen.“ Gung (Crimmitschau) berichtete, daß sie dort beschlossen hätten, an nicht bezugsberechtigten, ausgereisten durchreisenden Kollegen 40 g Sozialgeldent zu verzeichnen und bei dem erst aus der Lehre getretenen Mitgliedern keine Ratenzahl anzunehmen. Pätzsch (Schmöln) erklärte, wie es in Schmöln gehandhabt wird, er sei nicht für eine einheitliche Regelung des Sozialgeldes. Winkler (Glauchau) vertrat die von Glauchau aufgestellten Leitsätze. Hoffe (Göhring) erklärte sich für Ratenzahl und die Höhe nach Altersstufen zu regeln. Pätzsch (Schmöln): Um Unlust zu vermeiden, sei das Sozialgeldent nur in Form einer Schlafmache zu verzeichnen. Da die Beibrückung eines durchreisenden Kollegen bei Auszahlung des Sozialgeldes schwer zu prüfen ist und das Sozialgeldent eine schwere Belastung der Sozialkassen ist, regte Kollege Scheffler an, Beschlässe nicht zu fassen und diese Frage bis nach der Generalversammlung zu vertagen, da auf der Generalversammlung zu dieser brennend gewordenen Frage Stellung genommen werden müßte. Ein von Kollegen Genuß (Meerane) gestellter dahingehender Antrag, die Debatte abzubrechen und die Beschlässe der Generalversammlung abzuwarten, fand einstimmige Annahme.

Schloffer.

Mannheim. Die wirtschaftliche Krise will auch die hiesige Schlofferinnung dazu benutzen, Verschlechterungen einzuführen. Der im Jahre 1906 abgeschlossene Tarifvertrag wurde zu Beginn des Jahres von der Innung gekündigt. Auf den 5. Februar wurden dann die ersten Verhandlungen anberaumt. Dort unterbreiteten uns aber die Meister einen Entwurf zu einem „Tarif“, der allen, nur keinem Tarifvertrage mehr ähnlich sah. Er enthielt nur Verschlechterungen, sogar die Arbeitszeit wollte man von 9 auf 10 Stunden verlängern. Allerdings sagte man: „in bringenden Fällen“, aber die zehnte Stunde sollte nicht als überstunden angesehen werden. Was den Lohnparagrafen betrifft, so wollten die Meister hier vollständig nach eigenem Ermessen verfahren. Kurzum, alles was im selbigen Tarif den Meistern unangenehm war, sollte ausgemergelt werden. Wir versuchten selbstverständlich, jede Verschlechterung zurückzuweisen. Die Verhandlungen wurden dann vertagt und es sollten die Gesellen und auch die Meister in ihren Versammlungen zu der Sache Stellung nehmen. Nachdem dies geschehen, kam man am 16. April wiederum zusammen. Da gelang es schließlich, sich etwas zu nähern. In der Hauptsache spielt nur noch der Lohnparagraf eine Rolle. Die Meister wollen nicht mehr nach dem Alter, sondern nach den Gesellenjahren und nach der Leistungsfähigkeit die Stundenlöhne festgesetzt wissen. Die Innung will sich auf folgende Fassung bezüglich der Stundenlöhne einlassen: Im ersten Jahre nach vollendetem Lehrzeit nicht unter 86 g, von da an steigend bis zum fünften Gesellenjahre auf mindestens 45 g, von da an steigend bis zum achten Gesellenjahre auf mindestens 54 g, für tüchtige selbständige Gesellen bis zu 70 g. Über den Stand der Bewegung referierte der Geschäftsführer Kollege Schneider in einer am Sonntag den 2. Mai abgehaltene Versammlung. Die Diskussion war eine sehr ausgedehnte und es waren alle Redner der Ansicht, daß die Gesellenjahre reduziert werden müßten, das heißt daß fast dem fünften das dritte und fast dem achten das sechste Gesellenjahre gesetzt werden solle. Auch solle es heißen: tüchtige selbständige Gesellen erhalten mindestens 65 g die Stunde. Ferner wurde auch das Verhalten und Vorgehen einzelner Meister sehr scharf kritisiert. Zum Schlusse gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 2. Mai im Saale des Gewerkschaftshauses tagende gut besuchte Versammlung der Bau- und Kunstschloffer nimmt den Bericht der Lohnkommission über die mit der Innung gepflogenen Verhandlungen entgegen. Sie kann sich jedoch mit dem Resultat nicht einverstanden erklären und beauftragt die Kommission, bei den weiteren Verhandlungen unter allen Umständen darauf zu drängen, daß die berechtigten Wünsche der Gesellen von der Innung akzeptiert werden. Die Versammlung verpflichtet, dahin wirken zu wollen, daß auch der letzte Geselle der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, als Mitglied zugeführt wird und es verpflichten sich die Gesellen, geschloffen hinter der Lohnkommission zu stehen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß die berechtigten Wünsche zur Annahme gelangen.“

Schmiede.

Wir erhielten aus Dresden folgende zwei Zuschriften:
 In Nr. 17 der Schmiedezeitung, Nr. 18 der Metallarbeiter-Zeitung und Nr. 92 der Dresdener Volkszeitung ist eine Erklärung des Bevollmächtigten Böller wiedergegeben, worin behauptet wird: auf Wunsch des Unterzeichneten sei ein Berichterstatter in die Schmiedeversammlung am 27. Januar 1909 gesandt worden. Dem habe ich zu entgegnen, daß es völlig unwarhaft ist, daß ein Berichterstatter gewünscht worden sei, dafür sprechen Tatsachen. 1. Der Schriftföher Schaaf hat bei seiner Vorstellung mit gegenüber erklärt: er komme nur, um sich in der Stenographie zu üben, auch sonst hat Betreffender mit keiner Silbe zu erkennen gegeben, daß er im Auftrag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anwesend sei. Bei einer Begehung oder eines Wunsches mußte jedoch von Schaaf eine diesbezügliche Bezugnahme ausgesprochen werden. 2. Einige Tage später hat der Bevollmächtigte Böller per Telephon aus Differenzen der Aussprache hervorgehend mit der Überraschung berichtet; wir haben ja das Hänelche Referat schriftlich und werden es verewigen. Daraus geht unzweideutig hervor, daß von einem Berichterstatter zu entsenden kein Wort gesprochen worden ist. Eine Begegnung mit pp. Schaaf am 26. April auf der Redaktion der Dresdener Volkszeitung hat zuletzt alle Zweifel gehoben und meine Wahrheit bestätigt.
 Ost. Frischke.

Auf die Ausführungen in Nr. 18 dieser Zeitung unter Dresden muß ich einiges richtigstellen. Um auf alles einzugehen, will ich den Raum der Zeitung nicht in Anspruch nehmen, da ich in Nr. 17 der Schmiedezeitung die Angelegenheit ausführlich dargestellt habe. Nur auf die gravierenden Punkte, welche die Verwaltung und meine Person betreffen, will ich kurz erwidern. Es ist nicht wahr, daß ein Berichterstatter von uns gewünscht wurde zu unserer Versammlung vom 27. Januar, sondern Böller wollte telephonisch gern wissen, über was ich referierte. Da ist ihm nur gesagt worden, kamst ja hinfommen. Dafür bin ich Zeuge, da ich mich gerade mit ihm Bureau befand. Ferner war der geschickte Berichterstatter kein Kollege, sondern ein Schriftföher. Was das Zirkular betrifft, was ich auf unserer Generalversammlung verlesen habe, so hat Böller selbst erklärt, daß die Waffnung verständig sei und ein „Blattsch“ es geschrieben habe. Ferner ist nicht wahr, daß ich im Auftrag des Hauptvorstandes nach Bischofswerda gereist bin. Die Abschrift des Telegramms und die weitere Unterfuchung kam von unserer Verwaltungsstelle Mannheim. Wie man diese Reise als eine Spitzerei bezeichnen kann, ist jedem Organisierten unverständlich. Eine Nachlässigkeit von mir wäre es gewesen, wenn ich nicht so gehandelt, wie ich getan. Daß Tag und Nacht gearbeitet würde, stand in dem Schreiben und auch in der Mannheimer Volksstimme, dieses habe ich auch in jener Versammlung erklärt. Das Resultat meiner Erundigungen von Bischofswerda habe ich deshalb nicht in der Schmiedezeitung veröffentlicht, um den Abfender des Telegramms nicht noch mehr zu kompromittieren. Auf das Verlangen, Fälle anzuführen, wo der Deutsche Metallarbeiter-Verband gegen uns gearbeitet, mag Böller nur das Schreiben von unserem Geschäftsführer Frigide über Pischowitz nachlesen. Wenn der Empfänger schreibt, daß ich nicht mehr wüßte, was ich in der Versammlung gesprochen habe, so irrte er sehr. Wir ist noch in frischer Erinnerung, was ich ausgeführt habe. Wenn dem Stenographen Schüriger passiert ist, dafür kann man mich doch nicht verantwortlich machen. Im übrigen will ich unterlassen, weiteres richtigzustellen, damit der „Verhapplung“ keine Schmerzen entstehen.
 Hermann Hänel.

Kollege Böller, dem wir von den Zuschriften Kenntnis gaben, schreibt dazu:
 — In den beiden Zuschriften will ich nur bemerken, daß es gar nicht möglich ist, die darin enthaltenen Unrichtigkeiten alle richtigzustellen, ohne den Raum unserer Zeitung über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Worauf es ankommt, ist, daß Hänel unsere Organisation

